

Verbands-Zeitung

Publikationsorgan des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands
(vormals: Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen)

Er erscheint wöchentlich.
Bezugspreis: Ab 1. April 1924: monatlich 1,20 R.-M.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Verleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Nichtenberg
Redaktion und Expedition: Berlin NW. 40, Reichstagsufer 3
Druck: Vornwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Inseritionspreis
Geschäftsanzeigen: die sechsgepaaltene Nonpareilzeile 60 Goldpfennig.
Gratifikationen d. Zeile 50 Goldpf., für Todesanzeigen d. Zeile 40 Goldpf.

Geschichtskalender: 7. bis 13. August.

- 7. August 1892: Erstmalige Gründung des Ortsvereins Altenburg.
- 8. August 1892: Brauereiarbeiterstreik in der Brauerei Thier und Komp. in Dortmund.
- 8. August 1893: Erstmalige Gründung des Ortsvereins Stettin.

- 11. August 1889: Gründung des Ortsvereins Altenburg des Mühlenverbandes.
- 12. August 1922: Mühlenarbeiterstreik in Sachsen.
- 13. August 1905: Das Sonntagsbierausfahren in Breslau auf Betreiben des Verbandes eingestellt.

Kartellpläne der Mühlenindustrie.

Kürzlich tauchten in der Presse Mitteilungen auf, denen zufolge sich in der deutschen Mühlenindustrie Bestrebungen bemerkbar machen, die auf eine schärfere Zusammenfassung der bestehenden etwa 5 bis 6 großen Konzernen hinauslaufen. Der Endzweck der Uebung soll natürlich die Bildung einer Art Kartell sein, das insbesondere die Preisgestaltung des Mehles zu beeinflussen hätte. Ein Teil der interessierten Kreise hielt es erforderlich, zu diesen Meldungen sofort Stellung zu nehmen. Da aber die Pläne schon einen zu großen Umfang angenommen hatten und in den weitesten Kreisen der Getreidewirtschaft bekannt sind, konnte man sich auf ein Dementi, mit dem man in herkömmlicher Weise einfach alles abstritt, nicht beschränken. Man deutete also lieber in sehr vorsichtiger Weise an, daß Zusammenschlußabsichten an sich wohl beständen oder bestanden hätten, daß aber bei der heutigen Struktur der deutschen Mühlenindustrie an deren Verwirklichung nicht gedacht werden könnte.

Diese Behauptung ist richtig und falsch zugleich. Freilich wird es wohl kaum möglich sein, sämtliche deutsche Mühlen, deren Zahl sich unter Hinzurechnung auch der kleinsten Betriebe, Windmühlen usw., sicher auf bald 50 000 belaufen dürfte, zu einem allgemeinen Verbandsverbande etwa nach Art des Kalifornitats, zusammenzuschließen. Und darüber hinaus hat selbst die regionale Zusammenfassung von Mühlen eines bestimmten Bezirkes recht erhebliche Schwierigkeiten. Das Beispiel, welches die vor einem Jahre mit großen Hoffnungen und Erwartungen ins Leben gerufene Betriebsgesellschaft Berliner Mühlen m. b. H. geliefert hat, scheint nicht gerade ermutigend für die Gründung ähnlicher Unternehmungen zu sein. Denn bereits seit Wochen steht fest, daß die Betriebsgesellschaft sanft einschummern wird. Das heißt mit anderen Worten, daß nicht einmal vier zusammengeschlossene Berliner Großmühlen ein Jahr lang zusammengehalten werden konnten. Um wieviel schwieriger muß es also sein, über das ganze Reich verteilte Establishments für die Dauer in ihrer Preispolitik nach einheitlichen Grundsätzen zu leiten!

Wenn wir gleichwohl sehen, daß derartige Tendenzen feste Form angenommen haben und mit Zähigkeit verfolgt werden, so liegt hier ein erneuter Beweis für die Energie vor, mit welcher das deutsche Unternehmertum seine Pläne zu verfolgen pflegt. Unsere Unternehmer sind, das muß zu ihrem Lode gesagt werden, keineswegs Leute, die sich durch Schwierigkeiten von einem Vorhaben abschrecken lassen. Im Gegenteil: Sie sind gewohnt, neue Pfade zu suchen und zu finden, wenn man auf dem alten ausgetretenen Wege nicht mehr zum Ziele gelangen kann. Wenn daher in dem schon erwähnten Dementi angedeutet wird, daß ein Mühlenkartell unmöglich sei, so muß man doch darauf hinweisen, daß in dem Wörterbuch der meisten Unternehmer das Wort „unmöglich“ nicht verzeichnet steht. Ganz besonders fündig aber wird man, wenn es gilt, die bedrohte Rentabilität der Betriebe zu retten und ihre Zukunft zu sichern. Darum aber handelt es sich hier!

Es ist zweifellos richtig, daß die durch den Frieden von Versailles bedingten Strukturveränderungen der deutschen Wirtschaft auch in die Geschäftstätigkeit der Mühlen tief eingeschritten haben. Bezugs- und Absatzgebiete größeren Umfangs sind verloren gegangen. Die Ausfuhr begegnet vermehrten Schwierigkeiten, so daß eine Neuorientierung unter teilweise Betriebseinschränkungen für manche Gegenden das richtigste gewesen wäre. Statt dessen machte sich aber auch bei den Mühlen, wie in vielen anderen Industrien das Bestreben bemerkbar, die in der Inflation erzielten Riesen-Papiergewinne zur Erweiterung der baulichen und maschinellen Einrichtungen zu verwenden. Hierdurch ist die Leistungsfähigkeit nicht nur der einzelnen Betriebe, sondern auch der deutschen Mühlenindustrie als Gesamtheit, bedeutend gesteigert worden. Da mit diesem grandiosen Anwachsen der Kapazität aber die Aufnahmefähigkeit des Marktes an den Erzeugnissen nicht gleichen Schritt gehalten hat, sah sich die Industrie sehr bald in die Zwangsmühle gedrängt, entweder ihre Produktionsmöglichkeiten nur zum Teil auszunutzen, oder eine Ueberproduktion zu schaffen. Da eine solche aber in keiner Industrie auf die Dauer sich durchführen läßt, ist es heute zur Tatsache geworden, daß das Gros der Mühlen nicht mehr in der Lage ist, seinen Betrieb voll beschäftigen zu können. Auch aus den Verhältnissen anderer Branchen weiß man, mit welchen Mehrkosten eine nur teilweise beschäftigte Industrie arbeitet.

Man darf nicht daran zweifeln, daß auch das Unternehmertum diese Sachlage klar durchschaut hat. Und wenn heute wieder Pläne über Kartellierungen oder dergleichen auftauchen, so dürfte man dabei zunächst an die Durchführung von Stilllegungen unrentabler Betriebe und Konzentration der Erzeugung auf eine beschränkte Zahl von Establishments denken, die dann unter voller Ausnutzung ihrer Mahlgänge das zur Rentabilität erforderliche Drei-Schichten-System durchzuführen in der Lage sind. Offenbar geht auch die Opposition gegen alle diese Projekte zunächst von solchen Unternehmern aus, die befürchten müssen, bei einer dergleichen Neuorganisation an die Wand gedrückt zu werden. Den Arbeitern ist ihre Stellungnahme klar vorgezeichnet: Gewiß ist, daß bei einer konzentrierteren Mehlfabrikation erhebliche Ersparnisse zu erzielen sind. Nach allen in den letzten Jahren gesammelten trübten Erfahrungen werden aber diese Ersparnisse in erster Linie zu einer Erhöhung der Rente für die Besitzer und keineswegs zu einer Lohnerhöhung verwendet werden. Es hieße sich einem unvermeidlichen Optimismus hingeben, wollte man annehmen, daß die Mühlenindustrie sich von anderen Gesichtspunkten leiten läßt.

Wie sich die Väter der Idee die weitere Entwicklung denken, läßt sich noch nicht klar übersehen. Da Gedanken bekanntlich — im Gegensatz zum Mehl — zollfrei und ihnen im Kopfe keine Schranken gesetzt sind, und da ferner Bescheidenheit im allgemeinen zu den wenigen Tugenden gehört, welche die deutschen Unternehmer nicht ziert, besteht sehr wohl die Möglichkeit, daß man hofft, in absehbarer Zeit die seit Menschengedenken übliche Preisbildung für Mehl im freien Marktverkehr durch Kartell-Diktate zu ersetzen. Aber gerade diese Gefahr scheint doch nicht akut zu sein. Wir haben besonders im letzten Jahre, also nach der Roggenpreis-„Stabilisierung“ durch die berühmte Getreidehandelsgesellschaft m. b. H., gesehen, daß der Mehlkonsum im ständigen Rückgange begriffen ist. Die Klagen der Mühlen über stöckenden Absatz und unbefriedigenden Mehlabsatz wollen nicht verstummen und werden von Woche zu Woche beweglicher. Der Grund dafür ist recht einleuchtend: Der großen Masse der Bevölkerung ist eben der heutige Brotpreis zu teuer! Man schränkt sich ein oder wendet sich anderen Lebensmitteln zu. Dabei deuten alle Anzeichen darauf hin, daß wir hier erst im Anfangsstadium einer Entwicklung stehen, die schließlich zu einer völligen Umstellung in der Ernährungsweise des deutschen Volkes führen kann.

Will man den Fortgang dieser Erscheinung aufhalten — und daran haben nicht nur die Mühlen, sondern auch die Landwirte ein recht erhebliches Interesse — so gibt es nur ein einziges wirksames Mittel: Herunter mit den Brot-, mit den Mehl- und mit den Getreidepreisen! Weisen dann das Fünftgrößtenbrot und die Dreierschrippe wieder das von früher gewohnte Gewicht auf, so wird sich der Konsum von selbst wieder heben, und die Räder der Mühlen werden sich lustig im Kreise drehen — wie einst im Mai.

Zur Diskussion über den Zusammenschluß.

Wenn in der Diskussion zur Verschmelzungsfrage Stellung genommen wird, so kann das nicht geschehen wie es der Kollege Hodapp, Berlin, macht. Der Appell Hodapp ist ein Appell an die Materialisten, der nicht dazu beiträgt die ganze Frage auch etwas vom idealistischen Standpunkt zu betrachten. Dabei verkenne ich nicht, daß wir heute durch die ganze Wirtschaftsordnung gezwungen sind, unserer Mitgliedschaft materielle Vorteile zu bieten, die liegen aber in erster Linie in der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Ich behaupte nicht, daß durch die Verschmelzung die die Stofkraft der Organisation gehoben wird, denn diese kann nur gehoben werden, wenn wir in den Betrieben den letzten Mann organisiert haben und er überzeugt ist, daß er einer Kampforganisation angehört und nicht einer Unterstützungsstelle.

In Königsberg i. Pr. und auch in der Provinz haben sich die Kollegen für die Verschmelzung ausgesprochen. Der Satzungsentwurf kann aber nicht dazu beitragen, daß man nun Gegner der Verschmelzung wird. Die Diskussion soll

ein Spiegelbild geben wie die Mitglieder über den Satzungsentwurf denken. Von vornherein kann gesagt werden, daß er viel Mängel enthält, die beseitigt werden müssen. Das Hauptinteresse nimmt wohl der § 38 ein. Wenn ich hier mit dem Kollegen Bieber rede, der in seinem Artikel sagte, daß man diejenigen Mitglieder, die Beiträge bis zu 70 Pf. zahlen, von der Zahlung der Invalidenbeiträge freilassen soll, so heißt das praktisch sie von dieser Einrichtung auszuschalten, das bedeutet, daß man Zweidrittel der Mitglieder des Gau Ostpreußen zu Mitgliedern zweiter Klasse degradiert. Darin hat aber der Kollege Bieber recht, man sollte die bevorstehende Verschmelzung einer derartigen Belastungsprobe nicht auslegen. Eine Invalidenkasse mit Pflichtbeiträgen hat nur dann einen Sinn, wenn sie in allen Verbänden eingeführt ist, damit dadurch den Mitgliedern die Gewähr gegeben ist, bei einem eventuellen Uebertritt zu einem anderen Verband dort dieselben Einrichtungen anzutreffen. Solange dies aber nicht der Fall ist, und wenn man glaubt, daß die in unserem Verbandsverbande eingehaltene Form für den neuen Verband nicht tragbar ist, so soll man lieber die ganze Geschichte fallen lassen. Zu § 41 (Dauer der Zahlung der Unterstützungsätze) ist die Kürzung, wie sie der Entwurf vorsieht, unhaltbar und bedarf der Abänderung. Auch die Verlängerung der Unterstützungsperiode halte ich für unangebracht und es wäre besser gewesen, man hätte es bei den 65 Wochen belassen.

Zu § 56: Bestreitung der Ausgaben für Agitation, Lohnbewegungen, Verwaltung usw., soll den Ortsvereinen 10 Proz. von den Einnahmen der Hauptkasse verbleiben. Das bedeutet eine glatte Lahmlegung der Agitation und sonstiger dringenden Aufgaben. Dies würden wir in Ostpreußen am meisten empfinden. Unsere Mitglieder haben in Ostpreußen gegenüber den anderen Bezirken im Reiche die niedrigsten Löhne, damit tritt in Erscheinung, daß sie auch die niedrigsten Beiträge zahlen und dadurch wirken sich diese 10 Proz. ganz gering aus. Wenn ich voraussetze, daß bis zur Verschmelzung in Königsberg i. Pr. der Beitrag 70 Pf. durchschnittlich beträgt, dazu kommen dann noch, wie im Entwurf vorgesehen, 20 Pf. Pflichtbeitrag für die Invalidenkasse hinzu, so müßte der Ortsverein Königsberg, wenn er in bezug der Agitation und sonstigen Ausgaben seinen Verpflichtungen nachkommen will, mindestens einen Lokalbeitrag von 20 Pf. erheben, das wäre ein Gesamtbeitrag von 1,10 Mk. Einen derartigen Beitrag für Königsberg durchzuführen halte ich für ausgeschlossen, wenn der kommende Verbandsstag dies beschließen würde, so würde das die Zerstückelung des Ortsvereins Königsberg bedeuten und auch noch andere in der Provinz. Wenn schon ein Prozentsatz angelegt wird, so sind 20 Proz. das geringste.

Die hier gemachte Kritik ist nicht erfolgt in dem Glauben, Gegner der Verschmelzung geworden zu sein. Nach wie vor vertrete ich die Ansicht, daß der kommende Verbandsstag den Satzungsentwurf so gestalten wird, daß sich die Gesamtmigliedschaft auch in dem neuen Verband wohl fühlen wird und daß die Interessen der Mühlen- und Getränkearbeiter weiterhin so gewahrt bleiben wie es im alten Verband der Fall war, das soll unsere Aufgabe sein.

Darum kann es nicht die Aufgabe der Diskussionschreiber sein, Parolen herauszugeben, die dahin deuten, daß die Mitgliedschaft in der Verschmelzungsfrage im Unklaren gelassen worden ist. Sowohl in Versammlungen und Konferenzen ist das Für und Wider genügend erörtert worden und jeder konnte und hat auch nach seinem besten Wissen zur Urabstimmung entschieden. Es kann also die Parole nicht sein, gebt dem Gegner der Verschmelzung eure Stimme, sondern gebt demjenigen eure Stimme, der mit dazu beiträgt, daß die Satzungen des kommenden Industrieverbandes so gestaltet sind wie es im Interesse der organisierten Arbeitnehmer der Lebensmittel- und Getränkeindustrie notwendig ist. Fröhlich Liebrecht, Königsberg i. Pr.

Der neue Statutenentwurf zur Verschmelzung ist jetzt wohl in allen Orten im Deutschen Reich von den Kollegen stark diskutiert worden, so daß man sich jetzt ein Bild über die Ansicht der Mitglieder zu der Verschmelzung machen kann. Auch ich gehörte zu denjenigen, die eigentlich für die Verschmelzung waren, weil unsere großen Verschmelzungsstreber, wozu ich natürlich nicht gehörte, auf den Verbands-tag und Beiratsitzungen immer von dem großen Ideal, das uns vorwegwebte, gesprochen haben. Seitdem nun aber der Statutenentwurf herausgekommen ist, scheint es mächtig ruhig im Blätterwald geworden zu sein für die Streber der Verschmelzung. Ich glaube, daß ich mir ein Urteil über unsere Organisation und Organisationsverhältnisse erlauben kann, indem ich an leitender Stelle seit 21 Jahren ununterbrochen in unserem Verband tätig bin.

Wer die Verhältnisse unserer Organisation und den starken Aufbau unserer Organisation innerhalb dieser Zeit gesehen und mit allen Kräften mitgearbeitet hat, und weiß, was geschaffen worden ist, und ferner die Stabilität unserer jetzigen Organisation betrachtet, der muß, wenn er

noch gesunden Menschenverstand besitzt, sich eine Verschmelzung, so wie sie gedacht ist von der Kommission, die den Entwurf zusammengedrückt hat, nicht einmal, sondern hundertmal durch den Kopf gehen lassen, ob man auf diese Weise der Verschmelzung zustimmen kann oder nicht. Auch bei meinen Kollegen, die mit mir zusammen die ganzen Jahre in der Agitation und bei dem Ausbau der Organisation mitgewirkt haben, die immer meinen Ratsschlagen gefolgt sind, auch in der Verschmelzungsfrage, bevor die Satzungen erschienen, war eine einheitliche Meinung für die Verschmelzungsfrage vorhanden. Diese Meinung ist jetzt vollständig geblieben, und zwar in meinem ganzen Bezirk, trotzdem unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen, soweit Stettin in Frage kommt, glaube ich, mit an erster Stelle im Reich stehen. Unser Organisationsverhältnis ist seit 1910 in Stettin ein hundertprozentiges, selbst die Inflation hat an der Stärke unserer Organisation nichts geändert. Unsere Kollegen waren stets bereit, wenn es heißt Opfer zu bringen, nicht zurückzustehen, selbst der 2 1/2-Proz.-Beitrag hat sich jetzt vollständig durchgesetzt, so daß niemand mehr von den hohen Beiträgen spricht; aber man darf den Mitgliedern auch nicht zuviel zumuten, indem durch die Einführung des neuen Statuts bei der Verschmelzung eine neue kolossale Belastung der Mitglieder eintreten wird. Unter den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen kann man wirklich keinem Kollegen zumuten, höhere Beiträge, die sich auf 20 und 30 Pf. die Woche erstrecken werden, zu zahlen. Am 1. Juli hat sich der Lohn im Durchschnitt in meinem ganzen Bezirk um 1 Mk. pro Woche erhöht, jedenfalls auch in anderen Orten. Auf der anderen Seite ist jeder davon unterrichtet, daß die Sozialversicherung diese Erhöhung den Kollegen abgenommen hat. Also die Erhöhung, die das neue Statut vorsieht, müssen die Kollegen sich wieder vom Mund abknappen, und das kann man wahrlich nicht verlangen, denn uns ist doch allen bekannt, daß der Verdienst der Kollegen mit den Ausgaben in der Familie noch nicht in Einklang zu bringen ist wie nach den Verhältnissen der Vorkriegszeit, und um dieses zu erreichen, werden wir noch schwere Kämpfe mit dem Unternehmertum zu führen haben, die sich aus guten Gründen augenblicklich noch nicht so bemerkbar machen.

Der Kollege Hobbapp hat die Sache sehr gut gemacht, indem er die alten Unterstützungssätze den neuen gegenübergestellt hat, so daß die Kollegen daraus ein klares Bild bekommen. Für mich steht das eine fest: sollte die Verschmelzung nach diesen Satzungen stattfinden, dann haben wir unsere Mitgliederzahl von 70000 nur in einem kurzen Raum gesehen. Wir haben in Stettin und auch in der Provinz eine ziemlich einheitliche Organisation. Wir kennen bei Verhandlungen keine anderen Organisationsvertreter als nur unsere Verhandlungskommissionsmitglieder. Heute hört man aber schon im geheimen sprechen, daß man zu dieser oder jener Organisation gehört. Also wollen wir uns unsere Organisation zerbrechen, dann, bitte, für die Verschmelzung; wollen wir aber unseren Verband noch mehr stärken, dann laßt die Finger von der Verschmelzung. Ich glaube, alle Kollegen, die mit der Agitation in unserem Verband beschäftigt sind, werden ja wissen, was für Arbeit und Mühe uns heute noch die Mühlenarbeiter machen. Gerade in den kleineren Orten lassen sie sich aufnehmen, wenn es heißt, Lohnforderungen sind im Gange, und wenn diese zu Ende sind, nehmen sie wohl die Früchte hiervon und vergessen ganz, daß sie nun auch Beiträge zu leisten haben, und hauptsächlich wenn sie hören, daß sie 5 Pf. Beitrag mehr zahlen sollen. Die Fleischer und Bäcker, ich spreche aus Erfahrung aus meinem früheren Beruf, haben eine Bruderschaft, einen sogenannten gelben Verein, der von den Meistern gehegt und gepflegt wird. Glaubt denn jemand, daß diese Bruderschaften, diese gelben Stiefel, durch den großen Verband, der einzelnen Mitgliedern bis dato im Traum vorgegaukelt hat, auszuwachen sind? Wer sich dem Gedanken hingibt, der ist auf den Irrweg geraten.

Laßt uns also in unserem Verband alle Kräfte weiter anspannen, damit wir mittlerweile zu einer 100prozentigen Organisation in unserem jetzigen Wirkungsbereich kommen; wenn da jeder seine Schuldigkeit tut, wird er sich sicherlich nicht nach einem größeren Wirkungsbereich sehnen. Die Kandidaten, die zum Verbandstag geschickt werden, möchte ich ersuchen, dafür einzutreten, daß unsere Statuten, wie wir sie jetzt geschaffen haben, bestehen bleiben, und das man unsere eingeführte Invalidenkasse vorläufig mal einige Jahre in dieser Form laufen läßt, um erst die Wirkung derselben studieren zu können. Ferner muß der § 58 unbedingt zur Anwendung kommen; denn wenn wir uns Gesetze selbst machen, müssen wir auch versuchen, sie zu halten. Also nochmals: Die Hand weg von der Verschmelzung unter den Bedingungen, die der Entwurf vorsieht!
Gustav Boldt, Stettin.

Die Hamburger Kollegen sind immer Freunde einer Verschmelzung der bedeutendsten Verbände der Lebensmittel- und Getreidearbeiter zu einem Verbande gewesen. Diese grundsätzliche Geneigtheit besteht auch heute noch, nachdem der Statutenentwurf der Kommission den Mitgliedern zum Studium zugestellt worden ist. Daß ein solcher Entwurf sich nur auf Kompromisse aufbauen ließ, war vorzuziehen, daß ihm aber diese Kompromisse so deutlich ihren Stempel aufdrücken würden, hat keiner von uns erwartet. Sehr deutlich sieht man ihn an, wie um einzelne Positionen gerungen worden ist. Wirft man einen Blick in die „Einigkeit“ und vergleicht den einleitenden Artikel mit der sachlichen Schreibung des Kollegen Baderi, so wird auch der furchtbare Verschmelzungsstreitbedeutend den Kopf schütteln, denn nach solcher „Einigkeit“ nach der Verschmelzung wird keiner verlangen haben.

Beziehungsweise äußerten sich in der „Verbandszeitung“ außer den Kollegen Hobbapp zur Verschmelzungsfrage, wenn auch mit hängenden Köpfen, während die meisten Kollegen des „Denag“, die sich kritisch äußern, grundsätzliche Gegner der Verschmelzung sind. Der eine „Denag“-Kollege ist der Meinung, daß die vier Verbände keine Verhandlungspunkte, die eine Verschmelzung rechtfertigen, miteinander haben. Ein anderer glaubt, daß die Bremer ganz andere Forderungen machen müssen.

Also, wir wollen, nachdem wir Opfer gebracht haben und damit geglaubt haben, einer geschäftlichen Entwicklung zu dienen, noch mehr Zugeständnisse machen. Das kann

billigerweise von uns nicht verlangt werden. Bei dem heutigen Stande der Dinge besteht die Gefahr, daß nach allen unendlichen Mühen die Verschmelzung nicht zustande kommt. Daher sollte man meinen, daß alle Verschmelzungsfreunde bei uns wie auch im „Denag“ von sich aus Veranlassung nehmen, die sich aufstürmenden Hemmnisse aus dem Wege zu räumen und die Bahn frei zu machen für einen Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, wie es uns bei unseren früheren Anträgen zur Verschmelzung vorgezeichnet hat. Sollte wider Erwarten einer der Verbände der Verschmelzung nicht zustimmen können, weil ihm die Eigenart über die geschäftliche Notwendigkeit geht, zu großen Organisationen zu kommen, so muß doch die Verschmelzung mit den anderen bereitwilligen Verbänden vorgenommen werden. Ganz besonders sympathisch berührt uns daher die Bereitwilligkeit des Böttcherverbandes.

Die einzelnen Punkte des Entwurfes, die allen Einländern bisher die Veranlassung zur Kritik gegeben haben, sind auch diejenigen, an welchen die Hamburger Kollegen Kritik üben. Insbesondere: Die Vornahme der Wahlen zum Verbandstage, die Unterstützungsperiode und die Zusammenfassung des Rates.

Bei Einführung der Invalidenunterstützung, für die ja noch keine Erfahrungen vorliegen, müßte der Beitrag niedriger gehalten werden. Es darf nicht vergessen werden, daß einmal die sozialen Abgaben recht hohe sind und fortgesetzt steigen. Zum andern leidet die politische wie gewerkschaftliche Bewegung an zu vielen Nebenorganisationen, denen es wohl an rund vierzig gibt. Dieses Nebenorganisieren wird einmal sehr, sehr gefährlich werden können für die Träger aller Organisationen der Arbeiterschaft, die Gewerkschaften und die Partei. Ebenfalls dürfte es zu Schwierigkeiten führen bei Uebertritten zu uns und von uns. Diejenigen Mitglieder, die bei Berufswechsel zu einem anderen Verbande übertreten, der diese Invalidenunterstützung nicht eingeführt hat, bezahlen praktisch ihre Beiträge für diese Unterstützung auf „fonds perdu“.

Der kommende Verbandstag steht vor großen und schwierigen Aufgaben; ob er sie lösen wird und kann, hängt mit davon ab, wie weit die Erkenntnis der gesamten Mitgliedschaft geht, daß die Verschmelzung notwendig ist. Wenn es richtig ist, daß die Organisationsform der Gewerkschaften dem Entwicklungsgezet der Wirtschaft entspricht, so ist es bestimmt richtig, wenn wir zur Verschmelzung kommen, denn die Verschmelzung liegt in der Linie der organischen Entwicklung der Gewerkschaften. Daher nicht der Ruf nach Verbandstagsdelegierten, die die Verschmelzung bequemerweise in die Versenkung verschwinden lassen wollen, nur weil der vorliegende Statutenentwurf große Enttäuschung hervorgerufen hat. Schon auf diesem Verbandstag kann der Anfang gemacht werden zu einer Verbesserung des Entwurfes; auf den nächsten Verbandstagen wird man nach den dann vorliegenden Erfahrungen weiter aufbauen können. Darum Kollegen: wählt solche Delegierte, die alle sich auftürmenden Hindernisse für eine Verschmelzung mit aus dem Wege räumen wollen.

E. Linné jr., Hamburg.

Der Hauptvorstand hat den Statutenentwurf für den Industrieverband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands in die Welt hinausgeschickt und den wohlmeinenden Rat dazu gegeben, daß an dem Entwurf nichts mehr zu ändern sei und alle diesbezüglichen Anstrengungen zwecklos sind. Auch der kommende Verbandstag könne daran nichts mehr ändern.

Es ist daher wohl die Frage berechtigt: Hat der Hauptvorstand ein Recht, eine solche Haltung einzunehmen? Wie kommt derselbe dazu, die Souveränität des Verbandstages im voraus zu beschränken? Warum soll ein besonderer Verschmelzungsverbandstag einberufen werden, wenn derselbe nichts zu machen hat?

Nun, so schlimm war es jedenfalls nicht gemeint und auf Grund der Beschlüsse und Urabstimmung kann der Hauptvorstand gar keine andere Haltung einnehmen. Der Augsburger Verbandstag hat sich einstimmig auf den Standpunkt gestellt, daß die Personenfrage sowie die Beitrags- und Unterstützungsfrage kein Hinderungsgrund sein kann für eine Verschmelzung. Dieses Prinzip fand seine förmliche Bestätigung durch die Urabstimmung über die Grundsätze und Richtlinien zum Aufbau des neuen Verbandes. Diese Beschlüsse sind für den Hauptvorstand maßgebend. Er hat daher ein Recht zu sagen: Bitte, das was ihr gewollt habt, ist in diesem Statutenentwurf niedergelegt; ich mache meine Hände in Unschuld. Die beschlossenen Grundsätze und Richtlinien sind also in dem Entwurf berücksichtigt. Nur in einem Punkt geht der Entwurf selbständig vor, indem die Unterstützungsperiode von 65 Wochen auf 78 Wochen erhöht werden soll.

Nach den bisherigen Auslassungen in der Verbandszeitung dürfte es Anträge zum Verbandstage regnen, die im Prinzip den Beschlüssen und Richtlinien widersprechen, so daß Kollege Baderi auch hier recht hat, wenn er seinem Einleitungsartikel sagte: Bei solchen Anträgen besteht die Gefahr, daß die Verschmelzungsfrage nochmals von vorne angegangen werden muß!

Für unsere Kollegen E. Hobbapp, Berlin, existieren diese Beschlüsse überhaupt nicht, obwohl er selbst auf dem Präsidienessell des Verbandstages gesessen hat. Wir haben zugestimmt:

1. daß die Industriegruppen eigene Abteilungen bilden, die von oben bis unten durchgegliedert werden und auch bei den Wahlen zu den Verbandsinstitutionen getrennt vorgehen, damit eine Majorisierung nicht stattfinden kann. Haben nicht unsere Münchener Kollegen auf dem Verbandstag in Dresden den Antrag gestellt, daß die Mühlenarbeiter getrennt wählen sollen?;
2. daß die Unterstützung eingeschränkt werden soll, indem für die Woche nur sechs Tage zur Auszahlung kommen, indem der 1,2fache Durchschnittsbeitrag als Tageslohn gelten soll, indem die Höchstdauer der Unterstützung gekürzt werden soll, indem das Sterbegeld gekürzt werden soll;
3. daß die Zahlstellen 10 Proz. bestimmen, woraus mit Ausnahme der Unterstützungen alles bestritten werden muß;

4. daß eine Pensionkasse zu gründen ist mit besonderen Beiträgen.

Kollege Hobbapp hat als Vorsitzender des Verbandstages zugelassen, daß auf dem Verbandstag nichtsagende Phrasen gedroschen wurden, die vor den realen Tatsachen nicht standhalten. Kollege Hobbapp gibt daher die Parole aus, daß zum Verschmelzungsverbandstag nur Gegner der Verschmelzung gewählt werden sollen. Damit hat Kollege Hobbapp das Kind im Mutterleib erdrosselt. Leider läßt sich hier der § 218 nicht anwenden.

Es besteht also nicht nur mehr die Gefahr, daß die Verschmelzungsfrage nochmals von vorne begonnen werden muß, sondern daß sie in der gedachten Form überhaupt erledigt ist. Wir stehen daher auf dem Standpunkt, daß es keinen Zweck mehr hat, Anträge zum Statutenentwurf zu stellen, mit Ausnahme der Invalidenunterstützung, die wohl ohne Verschmelzung beibehalten und ausgebaut werden soll. Wenn die Verschmelzung und die Auflösung des Verbandes abgelehnt wird, kommt ja der Statutenentwurf überhaupt nicht mehr in Frage. Der Zusammenschluß mit dem Böttcherverband kann im Rahmen unseres bestehenden Statuts vollzogen werden und daselbe den Interessen der Böttcher angepaßt werden.

Dem Antrag Karlsruhe betr. Beitrag zur Pensionkasse liegt folgende Begründung zugrunde: Der Hauptvorstand hat immer wieder betont, daß es ihm unmöglich sei, einen Finanzplan aufzustellen, da man die Auswirkung der neuen Unterstützungsart nicht kennt. Nachdem die Unterstützung eingeführt ist, so kann wohl auch der Hauptvorstand eine Berechnung anstellen. Sein Vorschlag geht aber weit über die Bedürfnisse hinaus und wäre gerade dazu angetan, auch die Pensionkasse abzuwürgen. Nach dem Jahrbuch vom Jahre 1926 sind 3182 279 Beiträge geleistet worden. Nach dem Vorschlag des Hauptvorstandes wären zu leisten:

508 766 Beiträge à 10 Pf. ergibt	50 876,60 Mk.,
1 688 931 Beiträge à 20 Pf. ergibt	337 786,20 Mk.,
984 582 Beiträge à 30 Pf. ergibt	295 374,60 Mk.,
Sa.: 684 037,40 Mk.	

Das ist ungefähr soviel wie im Jahre 1926 an Kranken- und Arbeitslosenunterstützung zusammen ausgegeben wurde. Nach der vorgeschlagenen Bemessung der Renten wird eine solche Summe niemals erreicht werden, sondern der dritte Teil davon genügen. Wenn wir die Einrichtung des Buchdruckerverbandes als Muster vergleichsweise heranziehen, so kommen wir keinesfalls zu solch phantastischen Zahlen. Die Buchdrucker haben 80 000 Mitglieder; davon 1766 Invalide, das sind also etwas über 2 Proz. der Mitgliedschaft. Von den Gesamteinnahmen hat der Buchdruckerverband im letzten Jahre 12 Proz. für Invalidenunterstützung ausgegeben. Wollten wir auch 12 Proz. der Einnahmen verwenden, so kämen wir auf 335 000 Mk., also ungefähr die Hälfte von dem was an Beiträgen verlangt würde. Nunmehr werden wir aber weder im Prozentverhältnis so viel Invalide haben noch werden die Renten so hoch sein wie bei den Buchdruckern, so daß wir noch jahrelang mit der vorgesehenen Summe ausreichen und daher auch ein Beitrag von 10 Pf. dafür reichlich bemessen ist.

Nehmen wir nur ein Beispiel von der Zahlstelle Karlsruhe. Es werden im Jahre etwa 40 000 Beiträge umgelegt. Das ergibt bei 10 Pf. Zuschlag eine Summe von 4000 Mk. Bis jetzt werden an 4 Invaliden der Betrag von 320 Mk. im Jahre ausbezahlt. Es kann sich wohl die Zahl der Invaliden vermehren als auch die Rente erhöhen, bis der Betrag von 4000 Mk. erreicht wird. Wir werden also in der nächsten Zeit mit einem Zuschlag von 10 Pf. auskommen und wird dies allen Kollegen leichter begreiflich gemacht werden können als die Vorlage des Hauptvorstandes. Wir dürfen nicht vergessen, daß diese Unterstützungsart wohl in sozialer Beziehung nicht hoch genug eingeschlagen werden und auch den Betriebspensionisten Abbruch getan werden kann, aber der Großteil der Mitglieder hält die Inanspruchnahme dieser Einrichtung in weiter Ferne und nicht so real wie Kranken- und Arbeitslosenunterstützung. Man muß auch beachten, daß durch die Einführung der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung das Unternehmertum der Gewerkschaften einer Umstellung entgegengeht und daher die weitere Entwicklung abgemartet werden soll, bevor man den Verband einer Belastungsprobe aussetzt, die er nicht aushalten wird.
Hilz, Karlsruhe i. Baden.

Wie ein roter Faden zieht sich durch alle bisher veröffentlichten Zuschriften in der Verbandszeitung der Satz: „Wenn die Mitglieder unseres Verbandes vor der Urabstimmung 1926 gewußt hätten, wie der Satzungsentwurf für den neuzugründenden Verband ausfallen würde, hätten sie nicht mit einer so großen Majorität für die Verschmelzung der vier Verbände gestimmt.“ Dies heißt denn doch geradezu die Tatsachen auf den Kopf stellen, wenn man sich die in der Verbandszeitung Nr. 15/26 veröffentlichten Grundsätze für den zu schaffenden gemeinsamen Verband in Erinnerung ruft. In diesen Grundsätzen sind besonders die in der Diskussion so heiß umstrittenen Unterstützungssätze, wie im Entwurf vorgesehen, enthalten und (abgesehen von der Heraussetzung der Unterstützungsperiode um 13 Wochen) nicht um ein Jota geändert. Warum also die Aufregung? Ueberhaupt ist in dem Statutenentwurf nichts grundsätzliches enthalten, das nicht schon in den 1926 veröffentlichten Grundsätzen erwähnt wurde. Die Ortsvereine, ob für oder gegen die Verschmelzung eingestellt, haben sich, bevor die Urabstimmung vorgenommen wurde, ernsthaft mit diesen Grundsätzen beschäftigt und erst dann für oder gegen die Verschmelzung entschieden.

Die Mitglieder haben also nicht nur, was der Kollege Hobbapp bezweifelt, den Beschluß des Leipziger Gewerkschaftskongresses kritisch studiert, sondern auch den des Breslauer Gewerkschaftskongresses, dessen einleitender Satz lautet:

„Der 12. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands weist erneut auf die Notwendigkeit hin, daß die dem Bund angeschlossenen verwandten Berufsorganisationen zum Zwecke möglicher Verstärkung der gewerkschaftlichen Kräfte und zur Vereinhaltung der gesamten Organisation sich zu Industrieverbänden zusammenschließen.“

Daß der Breslauer Gewerkschaftskongreß keine klare Entscheidung treffen konnte, ist zu bedauern, aber angeht

der ablehnenden Haltung einiger großer Organisationen, zu verfehlte. Um eine Spaltung des ADGB zu verhüten, appellierte der Breslauer Gewerkschaftsleiter an den gesunden Menschenverstand der Gewerkschaftsmitglieder, es den Arbeitgebern gleich zu tun, und, wenn die Führer der einzelnen Verbände sich dagegen sträuben, von unten herauf die Gründung von Industrieverbänden in die Wege zu leiten.

Wie nun diesem Beschluß des Breslauer Gewerkschaftstages Rechnung getragen wird, merkt man am besten an den Argumenten der Verschmelzungsgegner, die es aber auch nicht einmal der Mühe für wert halten, die ideale Seite dieser Frage zu erwähnen. Selbst der Kollege Hodapp gehört zu diesen Kollegen. Er gibt sich eingangs seiner Zuschrift wenigstens noch den Anschein, die Frage vom ideellen Standpunkt aus zu behandeln, um dann aber mit verstärkter Wucht die materielle Seite hervorzuführen und schwarz in schwarz zu malen. Der Kollege Hodapp ist in dieser Frage konsequent. Es ist mir noch gut in Erinnerung, wie er vor nunmehr 17 Jahren gegen die Verschmelzung mit dem Mühlenarbeiterverband gewettert und uns, als die Ehe geschlossen war, nicht allzu zärtlich im Brautgemach empfangen hat. Aber eins muß man ihm lassen, er hat mit seinen Argumenten sogar fertiggebracht, die Mühlenarbeiter, gegen deren Aufnahme er sich damals so scharf wandte, zu Gegnern der Verschmelzung zu ziehen. Seine Zuschrift hat unter den Mitgliedern wie eine Bombe eingeschlagen; was bei der heutigen materiellen Einstellung der Mitglieder nicht verwunderlich ist. Wenn man in Betracht zieht, daß die große Mehrzahl der Mitglieder bei den Bewegungen, um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen kaum die tariflichen Fragen beachten, sondern ihr ganzes Interesse der materiellen Frage zuwendet, kann man erst ermessen, wie schwer es die Freunde der Verschmelzung haben, die Mitglieder für ihre Idee zu gewinnen. Sehr stolz braucht der Kollege Hodapp also auf seinen Erfolg nicht zu sein.

Mein Ideal wäre die Bildung einer deutschen Arbeitnehmer-Organisation, eingeteilt nach Industriegruppen mit einheitlichen Beitrags- und Unterstützungsätzen. Wer wie ich erst in den letzten Tagen erleben mußte, daß die an einem Streit beteiligten Organisationen die führende Organisation um Angabe der Unterstützungsätze baten, und wenn der Satz niedriger als der der führenden Organisation war, soviel aus lokalen Mitteln zuzugaben, um nicht Mitglieder zu verlieren, muß doch zu der Ueberzeugung kommen, daß diese Mißstände endlich einmal verschwinden müssen. Welch eine Fülle von Agitationsarbeit könnte heute auf die große Masse der gewerkschaftlich indifferenten verwandt werden, wenn die Funktionen nicht dauernd im Kampf mit den Anhängern der Berufsorganisationen stehen würden. Darum, Kollegen, tretet den Gegnern der Verschmelzung mit den schärfsten Mitteln entgegen.

Ich bin weit entfernt davon, eine Beseitigung unserer bewährten Unterstützungseinrichtung das Wort zu reden. Aber sind wir einmal ehrlich, hat man mit dem Ausbau der Unterstützung die gewünschten gewerkschaftlichen Klassenkämpfer erzogen? Wer etwas tiefer geschaut hat, wird dies verneinen. Wir müssen also mehr für Aufklärung und Propagierung der gewerkschaftlichen Ziele tun. Dazu gehört auch, die Konzentration des Kapitals zu beachten, die Mitglieder darüber aufzuklären, und ihr entgegenstellen eine geschlossene konzentrierte Arbeiterschaft. Wer diese Frage verneint, hat entweder den Zug der Zeit nicht erfasst, oder er sagt den Mitgliedern aus purem Fanatismus nicht, worum es geht.

Gewiß sind wir eine stolze Organisation und können auch und müssen wir dieselbe im Laufe der Zeit noch besser gestalten. Aber wer von unseren Mitgliedern hat das Recht z. B. den deutschen Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverband als weniger stolz und kampffähig hinzustellen? Weiß jemand wie es um unsere Organisation bestellt wäre, wenn wir unter solchen wirtschaftlichen Depressionen zu leiden gehabt hätten, wie dieser Verband. Ich für meinen Teil betrachte den „Denag“ durchaus als einen willkommenen Bundesbruder und stelle alle kleinlichen Bedenken zurück. Meines Erachtens können die zurzeit höheren Verwaltungskosten, die der Kleinbetrieb im Bädergewerbe zweifellos mit sich bringt, durch eine Verschmelzung nicht steigen, sondern können herabgedrückt werden. Die Gegenätze, die in letzter Zeit zwischen dem „Denag“ und unserer Organisation hervorgerufen wurden, liegen, leider muß es gesagt werden, in der Hauptsache nur auf persönlichem Gebiet und dürften ein Grund zur Verhinderung der Verschmelzung nicht sein, um so mehr, da die Urheber dieser Gegenätze nicht in Mitgliederkreisen, sondern in höheren Regionen zu suchen sind.

Zum Schluß noch ein ernstes Wort. Wer die Zuschriften in der Verbandszeitung aufmerksam verfolgt hat, wird feststellen müssen, daß die Gegner der Verschmelzung mit ihren materiellen Argumenten die Sympathie für die Verschmelzung in den Reihen unserer Mitglieder gelöst haben. Zwei Jahre mühseliger Arbeit soll wieder einmal umsonst gewesen sein. Kollegen! Dies kann und darf nicht sein. Es gilt den Grundstein für den kommenden Industrieverband der Nahrungs- und Genussmittelindustrie zu legen. Stellt daher alle kleinlichen Bedenken zurück und wählt zum Leipziger Verbandstag nur Delegierte, die den Willen haben, etwas Großes zu schaffen und für die Verschmelzung stimmen. H. m. Leh, Mannheim.

Aus den in der Verbandszeitung veröffentlichten Zuschriften und Versammlungsberichten ist zu ersehen, daß meine in meinem letzten Artikel aufgestellte Behauptung richtig ist, daß das Erscheinen des Satzungsentwurfes unsere Mitglieder, selbst verschmelzungsfeindlich gesinnte — siehe Karlsruhe — in hohem Maße ausgerüttelt und zum Nachdenken veranlaßt hat. Ich hätte keine Veranlassung gehabt, nochmals das Wort zu ergreifen — ich bin mit dem Verlauf der Dinge zufrieden — wenn nicht zwei Kollegen, um zu ihrem Ziele zu kommen, Methoden zur Anwendung empfohlen haben, die den Widerspruch jedes aufrichtigen Gewerkschafters hervorrufen müssen. Kollege Schülein empfiehlt Aenderung des jetzigen § 58 des Statuts dergestalt, daß an Stelle der 2/3-Mehrheit eine 3/4-Mehrheit eintreten soll. Kollege Supper geht noch weiter und verlangt unter Berufung auf § 32 Abs. 4 des Verbandsstatuts die Beseitigung des § 58. Es muß verdammt schlecht um ihre Sache stehen,

wenn die beiden Kollegen nicht anders zu dem gewollten Ziele zu kommen glauben, als durch Methoden, die von Katastrophenpolitikern, aus Staatsruder gelangt, angewendet werden, indem unbedeutsame Befehle durch „Staatsstreich“ beseitigt werden. Auf nichts anderes als auf einen „Staatsstreich“ geben die Vorschläge von Schülein und Supper hinaus. Wenn der Verschmelzung eben im letzten Stadium solche Schwierigkeiten begegnen, dann ist dies ein Beweis dafür, daß bei dieser Verschmelzung eben gewalttätig eine ganz widernatürliche Paarung vorgenommen werden soll. Schülein und Supper schlagen vor, der Verbandstag in Leipzig solle erst eine Aenderung bzw. Beseitigung des § 58 vornehmen. Das wäre gemäß § 58 Abs. 1 ein glatter Vertragsbruch. Im übrigen ist der Verbandstag in Leipzig auf Grund des § 58 Abs. 1 und 2 bereits einberufen. Aus der Freude der beiden Kollegen wird also nichts. Immer wieder, so auch in der Zuschrift des Kollegen Supper kommt die Aenderung vor, der § 58 sei zu einem ganz anderen Zweck in das Statut aufgenommen worden, er greife hier nicht Platz. Hierzu ist kurz folgendes zu sagen: Die Auflösung des Verbandes stellt einen derart schwerwiegenden Eingriff in die Befange der Mitglieder dar, daß die Verfasser des Statuts an die Auflösung des Verbandes, gleichviel aus welchem Grunde, die schwersten Bedingungen stellten. Und die in dem Augenblick aufheben, wenn sie das erste Mal zur Anwendung gelangen sollen, ist und bleibt eine verwerfliche Gewalttat. Mit welcher Liebe und Begeisterung werden ein großer Teil unserer langjährigen Mitglieder in einer auf solche Weise zustande gekommenen Organisation ihre Tätigkeit ausüben?

Kollege Supper legt in seinem reichlich mit „wenn“ und „aber“ durchsetzten Artikel uns die Arbeiten der kleinen und großen Kommission dar. Das interessiert uns Mitglieder nicht im geringsten. Von Interesse für die Mitglieder ist das Endergebnis der Verhandlungen, die ihren Stützpunkt in der von 13 Ortsvereinen auf dem Augsburger Verbandstag 1925 beantragten und einstimmig angenommenen Entschließung hat. Kollege Schülein beruft sich zur Begründung seines Standpunktes auf den Absatz 2 dieser Resolution, vielleicht mit Recht. Ich berufe mich aber mit demselben Recht zur Begründung meines verschmelzungsgegnerischen Standpunktes neben anderem auf den Abs. 3 der Entschließung, der da lautet:

„Sobald Satzungen zustande gekommen sind, welche die Interessen unserer Mitglieder sicherstellen, ist die Zustimmung der Mitglieder zur Verschmelzung durch Urabstimmung einzuholen.“

Vorerst eine Anfrage an unseren Hauptvorstand: Wann erfolgt die Urabstimmung, die nach dem klaren und unabweisbaren Wortlaut des Abs. 3 der Augsburger Entschließung stattfinden muß, „wenn Satzungen vorliegen, welche die Interessen der Mitglieder sicherstellen“?

Im vorigen Jahre lagen bei der Urabstimmung keine Satzungen vor, sondern nur Richtlinien bzw. Grundzüge. Auch auf die Gefahr hin, vom Kollegen Supper wiederum der Anwendung „nicht vornehmer Mittel“ geziehen zu werden, frage ich unsere Kollegen und Mitglieder: liegen jetzt Satzungen vor, „die die Interessen unserer Mitglieder sicherstellen“, wenn

- 1. Die Erwerbslosenunterstützung nach dem neuen Satzungsentwurf in einer Unterstützungsperiode um 5 bis 30 Bezugstage gekürzt wird (§ 41 Abs. 2);
- 2. Die Unterstützungsperiode um 13 Wochen, von 65 auf 78 verlängert wird (§ 41 Abs. 4);
- 3. auf einmal nicht mehr für 7 Tage, sondern bloß noch für 6 Tage Unterstützung, also bei jedem Wochenbezug ein Tag weniger ausgezahlt wird (§ 41 Ziff. 15);
- 4. das Sterbegeld um einen Betrag gekürzt wird, der sich bei einem Mitglied mit längerer Mitgliedschaft bei dem heutigen Stand der Beiträge auf 50 bis 60 Mk. beläuft (§ 43 Ziff. 1);
- 5. Den Ortsvereinen eine kleine Erhöhung der prozentualen Ueberweisung aus den Verbandsbeiträgen (§ 56 Abs. 2 des Entwurfes) von 5 bzw. 8 Proz. auf 10 Proz. gewährt wird, den Ortsvereinen dagegen die Kosten für Verwaltung, Agitation und Lohnbewegungen aufgebürdet werden, und nach § 56 Abs. 2. Satz 2. so schön gesagt wird: „Soweit diese 10 Proz. zur Bestreitung der Lokalausgaben nicht ausreichen, sind die Mehrausgaben durch Erhebung von Lokalbeiträgen zu decken.“

Sind damit die Interessen unserer Mitglieder sichergestellt? Ich behaupte das Gegenteil. Einer fixen Verschmelzungsidee sollen wohlworbene Rechte unserer Mitglieder geopfert werden. Das mache ich nicht mit. Und ich rufe nochmals unseren Mitgliedern im Reiche zu: Erklärt euch mit Freuden mit einer Verschmelzung mit dem Böttcherverband einverstanden, stellt aber nur Kandidaten auf, bzw. gebt eure Stimme nur einem Kandidaten, der ein Gegner der Auflösung unseres Verbandes und somit ein Gegner der Verschmelzung in vorliegender Form ist. L. Hodapp, Berlin.

Erhöhtes Porto ab 1. August.

Schäzel, der Reichspostminister aus Bayern, hat es geschafft. Im Reichstag fand er mit seinen wirtschaftshemmenden Wünschen keine Gegenliebe; somit spannte er den Verwaltungsrat der Reichspost vor seinen Karren, und im Handumdrehen war die Sache gemacht. Wir können ihn leider nicht hoptottieren, weil wir den Geschäftsgang aufrechterhalten müssen, wir können nur die Kollegen darauf aufmerksam machen, auf die neuen Portofätze zu achten, damit nicht noch Strafpporto gezahlt werden muß. Eine frühere Mitteilung war nicht möglich, weil bei Druck der letzten Nummer der „Verbands-Zeitung“ die neuen Sätze noch nicht beschlossen waren:

Das Porto beträgt also ab 1. August: Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 8 Pf., über 20 bis 250 Gramm 15 Pf., über 250 bis 500 Gramm 20 Pf. Im Fernverkehr bis 20 Gramm 15 Pf., über 20 bis 250 Gramm 30 Pf., über 250 bis 500 Gramm 40 Pf. Postkarten im Ortsverkehr 5 Pf., im Fernverkehr 8 Pf.

Druckfachen in Form einfacher Karten auch mit anhängender Antwortkarte 3 Pf., bis 50 Gramm 5 Pf., über 50 bis 100 Gramm 8 Pf., über 100 bis 250 Gramm 15 Pf., über 250 bis 500 Gramm 30 Pf., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 40 Pf.; Reisgewicht 1 Kilogramm.

Geschäftspapiere, Warenproben und Mischsendungen der ersten Gewichtsklasse 15 Pf.

Päckchen bis 1 Kilogramm 40 Pf. Zeitungsapakete gegen ermäßigte Gebühr und Einschreibepakete fallen weg.

Wertsendungen für je 500 Mk. der Wertangabe Versicherungsgeld 10 Pf.; Nachnahmegebühren: Vorzeitgebühr 20 Pf. Postanweisungen bis 10 Mk. 20 Pf., über 10 bis 25 Mk. 30 Pf., über 25 bis 100 Mk. 40 Pf., über 100 bis 250 Mk. 60 Pf., über 250 bis 500 Mk. 80 Pf., über 500 bis 750 Mk. 1 Mk., über 750 bis 1000 Mk. 1,20 Mk.

Giltsattelgebühren bei Vorauszahlung durch den Absender für jede Briefsendung usw. im Ortszustellbezirk 40 Pf., im Landzustellbezirk 80 Pf., für Pakete (einschließlich der Pakettarten) im Ortszustellbezirk 60 Pf., im Landzustellbezirk 1,20 Mk., Gebühr für dringende Pakete 1 Mk.

Im Postfachverkehr ist die Ueberweisungsgebühr fallen gelassen. Ebenso ist von einer Erhöhung der Auszahlungsgebühr abgesehen worden. Für Einzahlungen auf Zahlkarten bis 10 Mk. verbleibt es bei dem bisherigen Gebührensatz von 10 Pf., Einzahlungen von 10 bis 25 Mk. sollen 15 Pf. kosten, von 25 bis 100 Mk. 20 Pf., von 100 bis 250 Mk. 25 Pf., in den folgenden Stufen bis 1250 Mk. bleiben die Gebührensätze unverändert. Ferner ist für die Beförderung der Postschekbriefe eine Gebühr vorgesehen, die bei Benutzung der besonderen gelben Briefumschläge 5 Pf. beträgt.

Die Wortgebühr für gewöhnliche Inlandstelegramme im Ortsverkehr beträgt 8 Pf., im Fernverkehr 15 Pf. Die bisherige Stundungsgebühr für Aufgabe eines Telegramms durch Fernsprecher, die bisherige Gebühr für Mitnahme eines Telegramms durch die Zusteller von 10 Pf. und die Gebühr für Stundung von Telegraphengebühren kommen in Wegfall.

Gültig ab 1. Oktober sind die neuen Gebühren für:

- 1. Zone bis 75 Kilometer Gebühr bis 5 Kilogramm 50 Pf., für jedes weitere Kilogramm 10 Pf.
- 2. Zone über 75 bis 150 Kilometer bis 5 Kilogramm 60 Pf., für jedes weitere Kilogramm 20 Pf.
- 3. Zone über 150 bis 375 Kilometer bis 5 Kilogramm 80 Pf., für jedes weitere Kilogramm 30 Pf.
- 4. Zone über 375 bis 750 Kilometer bis 5 Kilogramm 80 Pf., für jedes weitere Kilogramm 35 Pf.
- 5. Zone über 750 Kilometer Gebühr bis 5 Kilogramm 80 Pf., für jedes weitere Kilogramm 40 Pf.

Bei Berechnung der Zonenentfernung zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reich wird zur Ausgleichung der in Polen liegenden Strecke die Gebühr der jeweilig nächst niedrigeren Zone in Abzug gebracht.

Aus der Industrie.

Brauereibetriebe.

Königsee i. Thüringen muß es in Nr. 30 der Verbands-Zeitung heißen, nicht „i. Taunus“.

Malzfabriken.

Kulmbach. Die Bayerische Malzfabrik Kulmbach erzielte einen fast 30proz. Bruttogewinn (92 000 Mk. von 300 000 Mk. Kapital). Nach den Abschreibungen verbleiben als Reingewinn noch 81 000 Mk. = 27 Proz.!

Karlsruhe a. N. Die ziemlich kleine Firma (Fränkische Malzfabrik) bilanzierte 6000 Mk. Abschreibungen, 1570 Mk. Reingewinn und ein Kapital von 45 000 Mk.

Hildesheim. Einen kleinen Gewinn erreichte die Malzfabrik F. W. Otto, die ein Kapital von 500 000 Mk. ausweist. Ihre Abschreibungen betragen 16 000 Mk., ihr Gewinn ebenfalls 16 000 Mk. (3 Proz.).

Wein, Sekt, Fruchtwein.

Mainz. Ungewöhnlich hoch sind die Reserven der Schöninger Cabinet A.-G. Während das Kapital 1 Million Mark beträgt, belaufen sich Rücklagen auf 445 000 Mk. Im letzten Jahre hat die Firma ihre Abschreibungen zusammen mit anderen Kosten verbucht und daneben 99 000 Mk. Reingewinn ausgewiesen. Der wahre Uberschuß, der Rohgewinn, ist gar nicht erschätlich. Daraus kann man schließen, daß er ziemlich hoch sein wird.

Trier. Die Trierische Weingerberei A.-G. meldet nach geringfügigen Abschreibungen 19 000 Mk. Reingewinn auf ein Kapital von 250 000 Mk. (7½ Proz.) an.

Branntwein, Sektfabriken, Sekt.

Mainz. 50 000 Mk. Rohgewinn liegen bei der Wabels-A.-G. (Mainzer Weindrennererei und Sektfabrik) vor. Hier betragen das Aktienkapital 450 000 Mk., der Reingewinn 22 000 Mk. (5 Proz.).

Aus Beruf und Betrieb.

Schweinebuxe, weil die Kollegen glaubten, den Verbandsbeitrag sparen zu müssen.

Wie die Kollegen in der Entlohnung geschädigt werden, wenn sie nicht dem Verband angehören, haben die Kollegen in den Vereinigten Brauereien A.-G. in Gumbinnen erfahren müssen, die einzige Brauerei Ostpreußens, wo die Kollegen nicht organisiert sind. Während es dem Verband gelungen ist, in allen Brauereien Ostpreußens die Löhne entsprechend den Lebenshaltungskosten laufend anzupassen, wenn auch noch in unzureichendem Maße, so blieben die Kollegen in der Gumbinner Brauerei, weil nicht organisiert, mit den Löhnen zurück. Der Unterschied in der Entlohnung gegenüber den anderen Brauereien ist jetzt so groß geworden, daß die Kollegen nun doch anfangen zu rechnen. Verdient doch gegenwärtig ein Brauereiarbeiter in Gumbinnen die Woche 5 bis 6 Mk. weniger als sein Kollege in anderen Brauereien. Durch die Gauleitung und den Ortsvereinsvorstand darauf aufmerksam gemacht, daß diese Mißstände nur durch Anschluß an die Organisation beseitigt werden könnten, erschienen zu der am 24. Juli einberufenen Mitgliederversammlung des Ortsvereins auch eine Anzahl Brauereiarbeiter. Sie ließen sich im Verband aufnehmen und versprachen, auch die nicht anwesenden Kollegen umgehend dem Verbands beizutreten. Festgestellt wurde, daß es die Direktion der Brauerei jedes Jahr gut verstanden hat den Kollegen eine Beruhigungsspitze zu geben, indem sie in den Sommermonaten eine Zulage von 3 Mk. wöchentlich gewährte. Diese 3 Mk. sind auf der Lohnliste als Sommerzulage vermerkt und werden bei Eintritt der kühleren Jahreszeit wieder in Abzug

gebracht. Eine Lohnzulage bedeuteten diese 3 Mk. überhaupt nicht, da in den Sommermonaten vielfach Ueberstunden geleistet werden, die aber in der Gumbinner Brauerei nicht bezahlt werden.

Die Gewerkschaft hat nun der Direktion einen Tarifentwurf zwecks Abschluß eines Tarifvertrages zugesandt. An den Kollegen wird es liegen, nun auch fest zur Organisation zu stehen und allen Einflüsterungen von anderer Seite kein Ohr zu bieten.

Gemeinsh. Der Betriebsleiter Kögrig im Böhmisches Brauhaus Garimannsborf, welcher seit kurzer Zeit in diesem Betrieb amtiert, verlangt, daß die Lehrlinge aus dem Verband austreten.

In der Brauerei Bergt, Reichenbrand, werden Leute abends beschäftigt, welche in anderen Betrieben bereits acht und neun Stunden gearbeitet haben.

Das blaue Auto, wenn abends gesehen, ist stets von solchen Leuten besetzt. Andere verrichten Arbeiten im inneren Betrieb und ist es keine Seltenheit, wenn diese bis 22 sogar 23 Uhr arbeiten.

Hier wird es höchste Zeit, daß das Gewerbeaufsichtsamt eingreift, aber nicht vorher anmelden, denn bei einer früheren Revision waren alle diese Leute für diesen Tag beurlaubt.

Bewegungen im Berufe.

Bremen. In der Panzarnische befinden sich die Mühlenarbeiter im Streit. Zugang ist fernzuhalten!

Zur Bewegung der Mühlenarbeiter in Rheinland-Westfalen. Die Kündigung des Mantelvertrages erfolgte durch die Parteien in den letzten Jahren wiederholt.

Selten wurde ein Schiedsgericht gefällt, der den Belangen der Arbeiterschaft so wenig Rechnung trug, wie in diesem Fall. In der Arbeitszeitfrage wurden Bestimmungen hineingelegt, die Verhältnisse der alten Verhältnisse herbeiführen mußten.

In der Lohnfrage erwies sich der Schlichter als nicht zuhelfend, empfiel aber den Parteien in Rücksicht der Verhältnisse dringend Verhandlungen. Zum Ueberfluß sollten sich die Parteien noch innerhalb 24 Stunden über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruchs erklären.

Die Einigung unter den Parteien erfolgte nachträglich auf jeder der Grundzüge. Der alte Mantelvertrag wurde wieder in Kraft gesetzt, damit werden die gewohnten Verhältnisse der Mühlen abgewehrt.

Der alte Mantelvertrag wurde wieder in Kraft gesetzt, damit werden die gewohnten Verhältnisse der Mühlen abgewehrt. Bei Reparatur über acht Stunden hinaus erfolgen Zuschläge mit 25 Proz. Mehrlohn werden der Gruppe der Gelehrten gleichgestellt.

Es ist leider nicht gelungen, außer wichtige soziale Forderungen diesmal zur Durchsetzung zu bringen. Wir vermögen nicht einzugehen, warum in den Mühlen in Rheinland und Westfalen, die ohne Ausnahme modern und neuzeitlich eingerichtet sind, Verhältnisse herrschen, die hinter den Mühlenorten Deutschlands zurückbleiben.

Wir wollen hoffen, daß die Unternehmer aus dieser Bewegung die notwendigen Lehrgelungen ziehen. Für die Zukunft müssen Verhandlungen so geführt werden, daß alle Differenzen, die sich aus solchen Bewegungen einmal ergeben, auch überwunden werden. Es kann nicht angehen, daß schon bei Beginn von Verhandlungen, ohne ernste Versuche, eine Ein-

gung zu erstreben, der Schlichter als Vermittler in Aussicht genommen wird.

Zum Schluß möchten wir noch auf einen Vorgang recht übler Art hinweisen. In der kommunistischen Presse des Industriegebietes erfolgten nach Abschluß der Bewegung einige Artikel mit dem Ziel, die Kollegen in den Betrieben gegen die Führer aufzubringen.

Aus der Organisation.

Eisenach. Am Sonntag, dem 19. Juni, morgens 8 Uhr, trafen 183 Kollegen der Ortsgruppe Kassel mit ihren Frauen am Hauptbahnhof ein und wurden per Auto nach der hohen Sonne gefahren.

Regensburg. Der Ortsverein Regensburg hat innerhalb 14 Tagen zwei seiner besten Mitglieder durch den Tod verloren. Anton Diermeier, Brauer und Josef Schwant, Brauer, beide in der Jesuitenbrauerei.

An Kollegen Schwant ging dem Ortsverein Regensburg ein guter Agitator verloren. In bewegten Zeiten war er immer ein guter Berater und er durchschaute die Dinge meistens so, wie sie waren.

Was beide Kollegen für ihren Verband geleistet und gewirkt haben, möchten wir so vielen Kollegen zur Nachahmung empfehlen.

Rundschau.

Ernst Kurztenabe †.

Am 1. Juli ist der frühere Nationalsekretär des amerikanischen Bruderverbandes, 67 Jahre alt, gestorben. Kurztenabe ist in Kassel als Sohn eines Beamten geboren, machte 1882 sein Abiturium, mußte sein Studium in Leipzig aber aus Mangel an Mitteln aufgeben.

Der Name Kurztenabe erinnert uns auch an die Zeit der schweren Kämpfe der deutschen Brauereiarbeiter. Nach den großen Ausperrungen der Brauereiarbeiter in Berlin und Braunschweig 1894 fand der jährliche Verbandstag 1895 in Berlin statt.

Verbandsnachrichten.

Verbandsrat, Redaktion und Expedition der „Verbands-Zeitung“ Berlin NW 4, Reichstagsgasse 3. Fernsprecher: Hansa 434.

32. Beitragswoche vom 31. Juli bis 6. August

Achtung Ortsvereinsleitungen.

Mit Postsendung vom 22. Juli wurde das Mitgliedsbuch Nr. 313 024, lautend auf Gießheimer, irrtümlich an einen falschen Ortsverein geschickt.

Eingänge der Hauptkasse

Beitragslisten der Hauptkasse: Berlin 12 679, Brauerei- und Mühlenarbeiter 6, 2, 5, 9, Berlin 233 44. Leipzig 18 126, Braunschweig 1937, Mainz 466, Landsknecht 117, 48 und 95, Starnberg 31, München 988, 57, Hamar 530, 45, Nordhausen 32, 62, Nürnberg 551, 82, Erier 366, 90, Radolfzell 865, 53, Stuttgart 3000, Telf. (O.-E.) 190, 56, Wittenberge 68, 80, Rolfach 339, 82, Nordhausen 3, Braunschweig 35, 20, Duisburg 76, 40, Nürnberg 800, und 3000, Berlin 18, 10, Andernach 200, Bielefeld 119, 19, Koblenz 347, 85, Dresden 500, Erlangen 200, Greilberg i. Göl. 218, 42, Geislingen 53, Glimmer 246, 60, Heilbronn 65, 82, Mainz 242, 36, Neusalz 237, 65, Regensburg 232, 31, Schwabach 816, 67, Werra 39, Wilsnack 106, 10, Artern 20, Döhlitz 50, Kassel 69, 44, Holzhausen 114, 25, Jülich 137, 45, Rahr 761, 50.

Reidenburg 51, 20, Rosenheim 250, Waldenburg 150, Werra 50, Wehlar 545, 15, Zweibrücken 114, Regensburg, 15, 10, Bielefeld 1200, Au-Herlfen 45, 50, Augsburg 1446, 50, Bartenstein 108, 80, Dessau 1001, 35, Oera 300, Lüneburg 900, 15, Münster 204, 98, Rothalmünster 580, 05, Sonneberg 121, 91, Stolp 181, 42, Wischofen 180, 90, Brestau 10, Rothalmünster 6, Münster 172, 50, Berlin 75, 01, Kien 192, 69, Calbe 43, Frankfurt a. d. O. 1011, 25, Wittingen 446, 98, Jony 291, 04, Münster 1000, Polzin 71, 30, Reutlingen 809, 85, Worms 800, Göttingen 3, Solingen 11, Berlin 170, Lübben 90, Solingen 960, 74, Stuttgart 1688, 12, Dortmund 3, Speyer 8, 20, Mart.

Beachtigung.

In Nr. 29 der „Verbands-Zeitung“ muß es anstatt Altenburg 3, und 4, heißen: Altenburg 3, Lindau 4, 27.

Aus den Bezirken und Ortsvereinen.

Doggersheim. Kass. Karl Steigert, Schnabeigasse 85. Uetersen. Die Geschäfte des erkrankten Kassierers hat übernommen Johannes Bergmann, Tornescher Weg 47. Unterweilbach. Kass. Albin Bornkessel.

Briefkasten.

Bremen. Karte für vorige Nummer zu spät eingetroffen. Hohen. Gräbner, Kleiner, Schanze, Schäfer, Hebetau, Zypenberger: Einsendungen müssen zurückgestellt werden zur nächsten Nummer der „Verbands-Zeitung“.

Nachruf.

Im Monat Juli starben unsere Kollegen: Karl Sinke, Anwalde, zuletzt Brauerei Königsstadt. Heinrich Gutsmann, Brauer, Kindl-Brauerei, Abtl. III. Karl Fröhe, Fleischhelferarbeiten, Schultheiß-Brauerei, Abtl. II. Max Soenic, Milchfahrer, Schultheiß-Brauerei, Abtl. II. Wir werden ihnen stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Ortsverein Berlin.

Es starb unser Kollege Joh. Sell, Wäzger. Ein krauses Andenken bewahren ihm die Kollegen der Wäzfabrik Mengelbier & Co. Ortsverein Andernach.

Nachruf.

Am 19. Juli 1927 verstarb unser Kollege Otto Wolter, durch Unfall im Alter von 23 Jahren. Ehre seinem Andenken. Ortsverein Dortmund.

Nachruf.

Im Monat Juli 1927 starben unsere Kollegen: Hermann Friedrich, Bierfahrer, Brauerei Stauder, Essen. Peter Dittersbach, Brauerei Stauder, Essen. Ernst Horn, Bierfahrer, Aktien-Brauerei, Essen. Ehre ihrem Andenken! Ortsverein Essen.

Nachruf.

Am 28. Juli verstarb nach langem, schwerem Leiden unser Kollege Alfons Gürk, Brauer, von d. Bad. Staatsbrauerei Hofhaus. Wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren. Ortsverein Freiburg i. Br.

Nachruf.

Am 24. Juli verstarb nach kurzer Krankheit unser Vertrauensmann, Kollege August Etadel. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Die Kollegen des Ortsvereins Heidelberg.

Nachruf.

Am 22. Juli verstarb wieder eines unserer besten Mitglieder, der Brauer Josef Schwant in der Jennenbrauerei, an einem schweren Darmleiden im Alter von 49 Jahren. Ein ehrendes Andenken ist dem Verstorbenen sicher. Ortsverein Regensburg.

Nachruf.

Unsern Kollegen, dem Wäzger Engelbert Schmidt sowie seiner lieben Frau Franziska Fruch zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen der Netze-Brauerei Weisenthurm. Die Ortsverwaltung Koblenz.

Achtung!

Liefere von jetzt ab den starken 2 - Schnallen - Brauerschuh für 7,50 Mk., sowie Galoschen, Schnallstiefel und Schafstiefel mit Holzsohlen in altschwarzer und weißer Ware. Preisliste gratis. JOHANN DOHL, Kiel, Wilsenstr. 12.

Brauerschuhe

Advertisement for Brauerschuhe (Brewer's shoes) with an image of a shoe and text describing features like safety and durability.

Advertisement for JOHANN HARDERS Holzschuhfabrik, featuring images of various styles of shoes and their prices.

Advertisement for Billige bismische Bettfedern (Cheap Bismarck pillows) with an image of a pillow and details on quality and price.

Advertisement for „Wasserteufel“ (Water devil) beer, highlighting its quality and availability in various regions.

Large advertisement for THADMOR 4 Pf., ARBEITERSPORTLER 4 Pf., and ZERONTH 5 Pf. cigarettes, emphasizing quality and consumer benefits.